

„Überlegen, Fächer einzustellen“

Universität. **Rektorenchef** Heinrich Schmidinger über drohende Kürzungen, „Sündenfälle“ bei den Medizin-Unis und „unausweichliche“ Österreicherquoten für das Psychologiestudium.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

Die Presse: Zuerst haben die Unis 1,6 Milliarden Euro Budgetplus gefordert, dann nur noch eine Milliarde, zuletzt gaben Sie sich mit 615 Millionen zufrieden – und jetzt müssen Sie daraus auch die Mehrkosten bei den Ärzten zahlen. Die Grünen sagen schon: Der Minister versuche, die Unis für dumm zu verkaufen. Lassen Sie sich für dumm verkaufen?

Heinrich Schmidinger: Nein. Wir haben eine sehr gute Gesprächsbasis mit dem Minister. Das zeigt sich auch darin, dass er kommende Woche ins Plenum der Universitätenkonferenz kommen wird.

Letztlich wird den Unis aber weniger Geld zur Verfügung stehen. Wann ist es vorbei mit dem Verständnis für die Politik?

Die Bezahlung der Mehrkosten der Ärzte aus den 615 Millionen ist erst seit Dezember Thema. Und seitdem habe ich keinen Augenblick ausgelassen zu sagen, dass dies ein immenses Problem ist.

Sie haben jüngst mit „Reduktionen“ gedroht, sollte den Unis dadurch ein dreistelliger Millionenbetrag abhandkommen. Was heißt das: Drehen Sie die Heizung ab? Streichen Sie Fächer?

Das wird jeder Universität überlassen sein. Aber wenn nachhaltig eingespart werden soll, kann es nur bei Personal und Gebäuden sein.

Sie sind ja auch Rektor der Uni Salzburg: Wo sparen Sie dann?

In diesem Fall werden wir bei Neuberufungen zurückhaltend sein – vor allem in teuren Bereichen wie Naturwissenschaften und Technik. Und dann werden wir genau hinschauen müssen, ob wir uns Studienrichtungen, bei denen die Nachfrage sehr gering ist, wirklich in Zukunft noch leisten können.

Sie überlegen also, sogenannte Orchideenfächer einzustellen?

Das ist natürlich eine Überlegung. **An welche Fächer denken Sie da?** Es gibt an allen Fakultäten Fächer, wo die Nachfrage sehr gering ist. Auch unabhängig vom Sparzwang muss man sich überlegen, ob man diese auf Dauer finanzieren kann.



Heinrich Schmidinger (60) macht sich Sorgen wegen des Uni-Budgets – als **Rektorenchef** und als **Rektor** der Uni Salzburg.

[Michele Pauty]

Was wäre da die Untergrenze?

Wenn eine Lehrveranstaltung weniger als fünf Hörer hat, ist es problematisch, sie fortzusetzen. Bei Fächern, in denen dies der Fall ist, muss man sich Gedanken machen.

Sie haben auch gesagt, Sie sähen nicht ein, dass das Uni-Budget für Ärztegehälter herangezogen werden soll. Ist das ein Appell an das Gesundheitsressort?

Der Sündenfall hat begonnen, als vereinbart wurde, dass der klinische Mehraufwand (*der Uni-Kliniken entsteht, wenn sie Forschung und Lehre betreiben, Anm.*) aus dem Uni-Budget finanziert wird. Es hätte schon damals eine saubere Trennung geben müssen zwischen dem, was Wissenschafts- und Gesundheitsressort übernehmen.

Heißt das jetzt: Die Gesundheitsministerin soll Geld zuschießen?

Ich hielte es für naturgemäß, dass Ärztegehälter an den Uni-Kliniken aus dem Gesundheitsbereich finanziert werden. Natürlich haben sie eine Verbindung zu den Unis. Aber der Großteil sollte vom Gesundheitsressort getragen werden.

Bald wird wieder über Zugangsbeschränkungen in Fächern wie Wirtschaft und Architektur verhandelt, die Ende des Jahres auslaufen. Was muss sich ändern?

Ich halte nicht viel davon, wenn Fächer nach nationalen Gesichtspunkten beschränkt werden. Die Zugangsregeln müssten sich nach den Kapazitäten der einzelnen Unis richten. Die Unis sollten entscheiden, wo sie beschränken müssen.

Die Beschränkungen werden ja auch evaluiert. Die SPÖ fürchtet, dass sie Kinder aus benachteiligten Familien noch mehr benachteiligen. Wären damit auch für Sie Schranken vom Tisch?

Ich rechne nicht damit, dass es zu solchen sozialen Benachteiligungen kommt. An vielen ausländischen Universitäten, an denen der Zugang rigoros geregelt ist als bei uns und wo zum Teil auch hohe Studienbeiträge zu zahlen sind, ist die soziale Durchmischung besser als bei uns. Und selbst wenn es so sein sollte, muss man abwägen. Es nützt niemandem, an einer Uni zu studieren, wo er oder sie schlecht betreut wird.

Im Notfall also für gute Betreuung und gegen die sozial Schwachen? Das ist sehr hart.

Ich bin der Letzte, der dafür ist, Menschen aus prekären Verhältnissen zu behindern, an die Uni zu kommen. Aber man löst das Problem nicht dadurch, dass man alle Zugangsregelungen aufhebt. Da gibt es andere Möglichkeiten: Beihilfen zum Beispiel.

Inwiefern helfen Beihilfen, Hürden beim Zugang zu bewältigen?

Oft halten ja ökonomische Ursachen Jugendliche davon ab, ein Studium nur in Erwägung zu ziehen. Wenn sie wüssten, dass sie echte Chancen auf finanzielle Unterstützung haben, würde sich dies positiv auswirken. Selbst dort, wo es Zugangsregelungen gibt, würden sie es zumindest versuchen.

Immer wieder wird vor einer Unterversorgung des Landes mit Psychologen gewarnt, weil die Zahl der deutschen Studenten so hoch ist. Ab wann brauchen wir eine Österreicherquote?

Ich kenne die Versorgungssituation nicht, aber es ist ein grundsätzliches Problem. Es kann nicht sein, dass am Schluss 100 Prozent jener, die bei uns Psychologie studieren, aus Deutschland kommen.

In Salzburg sind es 75 Prozent.

Das ist eine Marke, die nicht mehr überschritten werden darf. Wenn weniger als ein Viertel der Plätze von Studierenden aus Österreich belegt wird, ist eine Quotenregelung unausweichlich.

Misstrauen: Zentralmatura als Schaukampf

Grüne sprechen Ministerin heute das Misstrauen aus.

Wien. Die Zentralmatura mit ihren zahlreichen Pannen hat es den Grünen angetan. Nicht nur, dass sie die Matura zur Chefsache machten – und Parteichefin Eva Glawischnig die Umsetzung jüngst als „Katastrophe“ und Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) deshalb als „rücktrittstauglich“ bezeichneten. Im Nationalrat wollen sie wegen der Maturaprobleme heute, Mittwoch, einen Misstrauensantrag gegen Heinisch-Hosek stellen.

Jedenfalls dann, wenn die Ministerin sich bis dahin nicht bereit erklärt, den von den Grünen geforderten „Notfallplan“ umzusetzen. Der sieht vor, dass die Noten der achten Klasse in die Benotung der Matura einbezogen werden. Der stellvertretende grüne Klubchef, Werner Kogler, ortete für das „Kompromissangebot“ auch Gesprächsbereitschaft im Bildungsressort. Dort will man das gegenüber der „Presse“ allerdings nicht bestätigen. Der Vorschlag der Grünen sei nie Thema gewesen, heißt es aus dem Büro der Ministerin.

PR-Gag der Grünen

Auch, wenn der Misstrauensantrag der Grünen eher als PR-Gag angesehen werden kann – man kann kaum davon ausgehen, dass die ÖVP wegen der Matura die Koalition platzen lassen würde – klar ist: Je näher die neue Matura rückt, desto mehr gerät Heinisch-Hosek in Bedrängnis. Nach kleineren, aber umso unnötigeren Schwierigkeiten beim Hochladen der vorwissenschaftlichen Arbeit ist die Stimmung unter Schülern, Lehrern und Eltern wieder einmal nicht sonderlich gut.

Die Ressortchefin selbst bemühte sich zuletzt umso mehr, Zuversicht zu versprühen: Sie sehe überhaupt keinen Grund, an Rücktritt zu denken, betonte Heinisch-Hosek. „Ich möchte dabei sein, wenn die zentrale Reifeprüfung heuer über die Bühne geht. Ich finde dieses Projekt großartig.“

Ob es das auch ist, wird sich vom 5. bis 13. Mai zeigen. Da wird der erste Jahrgang zur Zentralmatura antreten. (red./APA)

Geld vom Bund: UN-Schule profitiert von „Trick“

Finanzierung. Die Vienna International School selbst bekommt kein Geld mehr. Die Förderung fließt nun an die UNO.

VON JULIA NEUHAUSER UND OLIVER PINK

Wien. Es ist wohl die einzige Schule Österreichs, um deren künftige Finanzierung sich UN-Generalsekretär Ban Ki-moon schon einmal Sorgen gemacht hat: die Vienna International School (VIS) in Wien Donaustadt. Sie wurde im Jahr 1978 als Schule für Kinder der UN-Bediensteten errichtet. Österreich verpflichtete sich damals zur Finanzierung. Doch die wackelte zuletzt massiv. Nun scheint eine geschickte Regelung für den weiteren großzügigen Geldfluss gefunden worden zu sein.

Ende Juli 2014 lief der Vertrag zwischen Republik und Schule und damit die geregelte Finanzierung aus. Davor überwies das Bildungsministerium der Privatschule jährlich rund fünf Millionen Euro. Miete zahlte die Vienna International School keine. Die üppigen Förderung sorgten in der letzten Zeit immer wieder für Kritik: Anders als in den 1970er-Jahren gebe es heute

schon mehrere vergleichbare internationale Schulen derselben Qualität – wie etwa die Danube International School, moniert etwa der grüne Bildungssprecher, Harald Walser. An der Danube International School stammt jedes dritte Kind aus dem Kreis des UN-Personals oder aus Diplomatenfamilien. An der staatlich geförderten Vienna International School sind es 40 Prozent. Eine „nicht akzeptable Bevorzugung“ nennt das Walser.

„Der Trick ist nicht schlecht“

Möglicherweise ist diese einseitige staatliche Förderung auch tatsächlich rechtlich schwierig. Sie könnte gegen das EU-Beihilfenrecht verstoßen. Denn aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, die bestimmte Unternehmen begünstigen, sind laut diesem verboten.

„Das könnte unter Umständen auch auf diesen Fall zutreffen“, sagt Europarechtler Walter Obwexer zur „Presse“. Die Schule könnte hier als Unternehmen gesehen werden. Im-

merhin handle es sich um eine kostenpflichtige Privatschule, es gebe Konkurrenz und damit die Gefahr einer Verzerrung des Marktes, sagt Obwexer. Vermutlich deshalb hat sich das Außenministerium, dessen Beamte noch verhandeln, eine durchaus geschickte Lösung einfallen lassen. Wie nun bekannt wurde, wird es keinen Vertrag mehr mit der Vienna International School selbst geben, sondern ein „völkerrechtliches Abkommen“ mit den Vereinten Nationen in Wien.

Die UNO-Organisationen in Wien sollen laut Außenministerium „einen jährlichen Bildungsbeitrag (...) zur Gewährleistung eines angemessenen Schulplatzes für Kinder ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ bekommen. Das geht aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) hervor. „Mit diesem Bildungsbeitrag können die UNO-Organisationen machen, was sie wollen“, heißt es aus dem Ministerium. Ob das

Geld eins zu eins an die Vienna International School gehe, liege also nicht im Ermessen des Ressorts. „Politisch ist den Verantwortlichen damit etwas gelungen. Der Trick, der hier angewandt wird, ist nicht schlecht. Doch damit wird die Ungleichbehandlung der Schulen weiter einzementiert“, meint der grüne Bildungssprecher Walser, der die Anfrage gestellt hat.

Miete wird nicht verlangt

Wie hoch der Bildungsbeitrag an die UNO-Organisationen sein soll, wollte das Ministerium auf Anfrage der „Presse“ nicht sagen. Immerhin seien die Verhandlungen noch am Laufen. Fest steht aber, dass das nicht die einzige Spende für die VIS bleiben wird: In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung durch Uni-Minister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) heißt es nämlich: „Es ist vorgesehen, die Liegenschaft weiterhin unentgeltlich für die Nutzung durch die Internationale Schule bereitzustellen.“

Lampe fiel von Decke: Teil der WU gesperrt

Schon zum dritten Mal Probleme auf dem Campus.

Wien. Die Freude über den Neubau des WU-Campus bekommt nun schon zum dritten Mal einen empfindlichen Dämpfer: Nachdem sich schon zwei Mal eine Platte von der Fassade des Library and Learning Center in der Mitte des Campus gelöst hat, ist nun im selben Gebäude in der Bibliothek eine meterlange Lampe von der Decke gefallen. Verletzt wurde niemand.

Die Bibliothek und alle anderen Bereiche, in denen diese Lampen montiert sind, wurden geräumt und sind bis auf Weiteres gesperrt. Nun wird geprüft, ob möglicherweise falsches Material zur Aufhängung der Lampen verwendet wurde. Den Studierenden werden als Alternative zur Bibliothek inzwischen Hörsäle zum Lernen zur Verfügung gestellt. (beba)